

HOMBURGER RUNDSCHAU

OBERBEXBACH

Die Kita soll im Juni fertiggestellt sein. Seite C 3

ALTSTADT

Neun Kunstschaffende stellen gemeinsam aus. Seite C 5

MIT BEXBACH, HOMBURG UND KIRKEL



Ein Bündnis zahlreicher Jugendverbände und -organisationen machte sich in Homburg unter dem Motto „Jugend für Demokratie und Vielfalt“ für eine freiheitliche Gesellschaft stark.



Bunt und laut demonstrierten am Sonntag rund 200 Kundgebungsteilnehmer auf dem Christian-Weber-Platz für Demokratie, Freiheit und Toleranz.

FOTOS (4): THORSTEN WOLF

Homburger Jugend für Vielfalt und Freiheit

Mehrere Nachwuchsorganisationen demonstrierten am Sonntag auf dem Christian-Weber-Platz gegen den zunehmenden Rechtsextremismus.

VON THORSTEN WOLF

HOMBURG Was ist das entscheidende Merkmal eines Ausrufezeichens? Es kommt am Schluss einer Botschaft, die man mit besonderer Betonung und mit besonderem Nachdruck vermitteln will. Legt man diesen Maßstab an, dann haben ganz unterschiedliche Jugendorganisationen und -verbände am Sonntag mit einer Kundgebung auf dem

Homburger Christian-Weber-Platz wirklich ein Ausrufezeichen gegen Rechtsextremismus gesetzt – in einer Zeit, in der solche Demonstrationen wieder seltener werden.

Hinter dem klaren Bekenntnis zu Demokratie und Vielfalt stand vor allem Barbara Nehring, die Stadtgruppenleiterin der Katholischen Studierenden Jugend (KSJ) Homburg. Was Nehring gemeinsam mit Nadine Formella, „Sommerlager-Mama“ der KSJ, da am Sonntag auf den Platz gebracht hatte, das hatte buchstäblich Format: Ein riesiger Sattelaufleger des Homburger Fahrzeugbauers „A6 Jung“ diente als Bühne für zahlreiche Reden und auch für die beiden Bands des Nachmittags, Even less und Empty Space. Gefragt, warum man gerade nun,

im wahrnehmbaren Abschwung der Demonstrationsbegeisterung gegen rechte Umtriebe so kraftvoll aktiv werde, war Gehrigs Antwort einfach. „Wir haben die Kundgebung genau deswegen auf diesen Zeitpunkt gelegt, damit das Ganze wieder Fahrt aufnimmt, vor allem bei der Jugend. Bei den letzten beiden Demos waren relativ wenige Jugendliche da.“ Der Klarheit wegen muss nun gesagt werden: Auch am Sonntag waren Erwachsene in der deutlichen Überzahl bei den Kundgebungsteilnehmern – eine Tatsache, die auch Nadine Formella in ihrer Begrüßung offen eingestand. Ihre Folgerung: „Wir müssen mehr in die Jugend gehen. Und die Jugend muss die Jugend animieren, mitzumachen und aktiv zu werden. Das

merken wir heute ganz, ganz deutlich.“

Dass es, wie bei den beiden vorangegangenen Kundgebungen, erneut eher wenig Jugendliche waren, die Stellung gegen Hass und Hetze bezogen, tat den eindeutigen Botschaften keinen Abbruch. Nach den Correctiv-Recherchen zu einem Treffen von AfD-Politikern und Neo-Nazis im Ende des vergangenen Jahres in Potsdam war es nicht verwunderlich, dass vor allem immer wieder die AfD, auch mit ihren Homburger Repräsentanten, im Zentrum teils scharfer und schärfster Kritik stand. Formuliert wurde diese Kritik von der KSJ (Yanik Weber), den Schüler-sprecherinnen der drei Homburger Gymnasien (Carlota Knerr, Charlotte Hüther und Felicia Lorenz), den

Pfadfindern vom Stamm Camino Homburg (Anne Hoffmann) und der DPSG Johanneum (Lea Zimmermann), der IG Metall-Jugend (Laura Ehrhardt und Lara-Marie Nau), dem Jugendbeirat der Stadt (Nico Lehmann), der Jungen Union (Stadtverbandsvorsitzender Ruwen Lorenz) und den Homburger Jusos (Hamid Kamrani).

Vor allem die letzte Rede des Nachmittags, als Hamid Kamrani ans Mikrofon trat, hinterließ bei vielen ziemlichlichen Eindruck. Der Bundeswehr-Veteran mit fünf Einsätzen in Afghanistan beschrieb aus seiner persönlichen Erfahrungen, auch als Aktiver für eine Hilfsorganisation im Kriegsgebiet in der Ukraine, was es bedeute, in Unfreiheit leben zu müssen. „Ich habe schon wirklich

ungemütliche Orte auf dieser Welt gesehen. Orte, an denen Menschen nicht frei darüber entscheiden können, wie sie leben wollen. Orte, an denen nicht Leistung zählt, sondern welcher religiösen, politischen oder ethnischen Gruppe man angehört. Ich liebe Deutschland und seine Gesellschaft dafür, dass man hier frei sprechen darf – ohne Angst vor Verhaftung und Verfolgung zu haben.“ Jeder Mensch, so Kamrani, könne in Deutschland werden, was er will. „Manche haben es dabei einfacher, manche haben es schwerer. Aber im Großen und Ganzen haben wir als Gesellschaft den Anspruch, dass wir niemanden zurücklassen – nur weil er schwächer ist. Wir haben den Anspruch, die Menschen zu schützen, die sich nicht selber schützen können. Und das erfüllt mich mit Stolz.“ Dieses Recht und diese Freiheit zu schützen – darauf habe er einen Eid geschworen und mit seinem Leben zu schützen, so der frühere Bundeswehrsoldat.

Er zeichnete auch eine Zukunftsvision, geprägt von der AfD: „Stellen Sie sich vor, in einer nicht allzu fernen Zukunft ist Björn Höcke Bundeskanzler und die AfD entscheidet, wie unsere Zukunft aussieht. Ich glaube, jeder hier hat gerade einen eiskalten Schauer über den Rücken bekommen. Und das ist gut so.“ Jede Stimme für die AfD „bringt uns diesem Horror einen Schritt näher.“ So liege es an jedem selbst, auch bei der Europawahl, ob man in Zukunft weiter in Freiheit leben könne „oder ob die Nachbarn deportiert werden“.



Vor allem die Jugend sollte mit der Kundgebung am Sonntag angesprochen und mobilisiert werden.



Bundeswehr-Veteran Hamid Kamrani warb dafür, der AfD bei den anstehenden Wahlen Stimmen für die demokratische Mitte entgegenzusetzen.

Königsbruch: Wasserversorger kritisiert Forderung

HOMBURG (ust) In die Debatte um eine mögliche Renaturierung des Königsbruchs-Moors hat sich erneut die Wasserversorgung Ostsaar GmbH (WVO) zu Wort gemeldet. Sie kritisiert, dass eine Wiedervernässung „mit der gleichzeitigen Reduzierung der Wassergewinnung“ deutliche Auswirkungen auf die Trinkwasserversorgung in weiten Teilen des Saarlandes hätte.

Zum Hintergrund: Die saarländischen Grünen hatten Innenminister Reinhold Jost aufgefordert, in seiner Rolle als Kommunalaufsicht den vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Freizeit und Naherholung Königsbruch“ in der vorliegenden Form nicht zu genehmigen. Dieser könne, so die Grünen weiter, die Wiederherstellung des Moores ver-

hindern, zumindest aber weit in die Zukunft verschieben. Als Voraussetzung für eine solche Renaturierung nannten sie unter andere einen Anstieg des Grundwassers, indem die Förderung von Trinkwasser eingeschränkt und die Entwässerungsgräben verschlossen werden, dann würde aber die geplante Feriensiedlung unter Wasser stehen. Dazu kommt: Schon vor längerem hatten Naturschützer Befürchtungen geäußert, dass im Königsbruch mehr Grundwasser entnommen werden soll als bisher, da Lebach und andere aus dem WVO-Verbund weniger liefern könnten.

Die WVO hatte wiederum darauf hingewiesen, dass der Grundwasserpegel seit den 1990er Jahren nachweislich um mehrere Meter

angestiegen sei. Auch in den vergangenen Jahren verzeichne das Gewinnungsgebiet weiterhin leicht steigende Pegel. Ein Umweltgutachten habe ergeben, dass durch die Grundwasserentnahme keine

„Der Wahlkampf zulasten der Trinkwasserversorgung sollte endlich ein Ende haben.“

Wasserversorgung Ostsaar-GmbH

negativen Auswirkungen auf Flora und Fauna festzustellen seien. „Leider scheinen diese Fakten in der derzeitigen politischen Diskussion keine Rolle zu spielen“, so der Vorwurf. Ebenso würden die entste-

henden Risiken, insbesondere die möglichen Auswirkungen auf die Grundwasserqualität ausgeblendet, wenn die dortigen Gegebenheiten verändert würden, unterstreicht die WVO nun aktuell und fordert: „Der Wahlkampf unter dem Deckmantel des Klimaschutzes zulasten der Trinkwasserversorgung sollte endlich ein Ende haben.“

Sie zählt zudem mögliche Folgen auf: Wenn nicht genügend Grundwasser gefördert und zu Trinkwasser aufbereitet werden dürfe, führe dies „konsequenterweise zu einer Unterversorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser“. Betroffen von einer Rationierung des Trinkwassers seien dann Bürger und Einrichtungen im Saarpfalz-Kreis, aber auch in den Landkreisen Neunkirchen,

St. Wendel und Saarlouis. Zudem wären Infrastrukturen, in die Millionenbeträge investiert wurden, verloren, hieß es weiter. Dies würde laut WVO zu starken finanziellen Verwerfungen bis hin zu Insolvenzen bei den Wasserversorgern führen, die ihr gutes und teures Wassernetz abschreiben müssten. Ein Neubau der Infrastruktur sei die Folge. Der Wasserpreis für die Bürger würde sich vervielfachen.

Zudem würden „Besicherungen zwischen den Wasserversorgern“ wegfallen, so die WVO. Die Wasserversorger helfen sich demnach gegenseitig in Notfällen und unterhalten dazu Verbindungsleitungen. Aktuell planen WVO und Stadtwerke Homburg dies unter anderem für Jägersburg.

Müllcontainer angezündet

HOMBURG (red) Am frühen Montagmorgen gegen 0.35 Uhr wurden hinter dem Anwesen Gerberstraße 13 in Homburg sechs Müllbehälter angezündet. Diese standen in unmittelbarer Nähe zu zwei unbewohnten Gebäuden, wie die Polizei mitteilt. Die Müllcontainer wurden teilweise zerstört. Es entstand kein Gebäude- oder Personenschaden. Aufgrund der Gesamtumstände muss von Brandstiftung ausgegangen werden.

Zeugen werden gebeten, sich mit der Polizeiinspektion in Homburg unter der Telefonnummer (0 68 41) 10 60 in Verbindung zu setzen.

Produktion dieser Seite:

Peter Neuheisel
Carlo Schmude